

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sortenabblatt und „Ausschieretes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streif usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Poststelle ober deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufträge von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 25

Donnerstag, den 26. Februar 1931

33. Jahrg.

## Jagdverpachtung.

Die Jagdung des Jagdbezirks 2 der Stadt Kemberg, umfassend die Marken Buchhauken und Wipf, den Forstanger und die Dornaer Hutungsabfindung, 1462 Morgen groß, soll

**Dienstag, den 17. März, um 17 Uhr,** im Ratseifer auf 6 Jahre öffentlich verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen vom 26. Februar bis 14. März im Rathaus zur Einsicht aus.

Jeder Jagdgewinnfall gegen die Art der Verpachtung und die Verpachtungsbedingungen während der Ausleihungsfrist beim Kreisaußsicht in Wittenberg Einspruch erheben. Kemberg, den 24. Februar 1931.

**Der Jagdvorstand.**  
Diez, Bürgermeister.

## Deutsche Tageschau.

Beratungen im Reichskabinett.

Die Beratungen des Reichskabinetts beschäftigten sich ausschließlich mit der Frage der Butier- und Kefälle und Verbrauchserlösen. Am Laufe des Vormittags war bereits ein Einvernehmen über die künftige Regelung der Holzpreise erzielt worden, und zwar, wie verlautet, daß mit den Holz einführenden Ländern, als in erster Linie Dänemark und Schweden, mit möglicher Befristung Verhandlungen über eine Kontingentsregelung der Holzfuhr eingeleitet werden sollen. Weiter den weiteren Inhalt der Agrarbeschlüsse des Reichskabinetts und Minister Stöle in seiner Haushaltsrede am Dienstag vor dem Reichstagsplenum Mitteilung machen.

**Veranstaltungsverbot am 25. Februar für Groß-Berlin.**

Auf Antrag der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), am 25. Februar das Kundgebungsverbot in Berlin aufzuheben, weil der Polizeipräsident in seinem Antwortschreiben darauf hin, daß die für diesen Tag geplanten Kundgebungen die öffentliche Sicherheit gefährden. Aus diesem Grunde verbot der Polizeipräsident gemäß Artikel 123 für den 25. Februar 1931 alle Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel.

## Irrsinniger im Vorzimmer Hindenburgs.

Zwischenfall im Palais des Reichspräsidenten.

Berlin, 25. Februar.

Ein Mann, der sich später als der aus Oberhesseln kommende 59jährige Alois Boll herausstellte, ist in das Palais des Reichspräsidenten eingedrungen. Er kam jedoch lediglich bis zu dem Zimmertürschloß, wo sich der Portier als ein Kriminalbeamter aufstellte. Auf die Frage des Kriminalbeamten nach seinem Wünschen hat er um eine Unterfertigung. Der Kriminalbeamte erluchte ihn hierauf, seinen Antrag schriftlich einzureichen.

Der Mann erklärte jedoch, er habe nur noch zwei Stunden zu leben. Bei dieser Ausrufung machte er eine weddliche Bewegung in seine Tasche und zog im gleichen Augenblick eine Parabellum-Pistole, die ihm jedoch von dem Kriminalbeamten entwunden wurde, noch bevor sie abgeschossen werden konnte. Der Mann erklärte, die Kugel lie für ihn bestimmt gewesen. Er wurde sofort dem Polizeipräsidenten gemeldet.

Alois Boll am 23. Februar aus Kreuzburg in Obersachsen nach Berlin zugewandert. Bei der Pistole handelt es sich um ein Modell 08; sie war nur mit einer Patrone geladen. Boll macht einen sehr deprimierten Eindruck; die Polizei glaubt, daß er geistig nicht völlig normal ist. Angeht die Lastsache, daß es innerhalb kurzer Zeit zweimal Fremden gelungen ist, ohne weiteres in das Palais des Reichspräsidenten ohne Erlaubnis einzudringen, ist die Deffenlichkeit unter Umständen sehr beunruhigt.

Von zuständiger Stelle wird jedoch darauf hingewiesen, daß im vorliegenden Falle der Betreffende nicht durch das Hauptportal in das Gebäude gelangt sei, sondern durch den Ehrenhof. Er habe dann ein Tür aufgeschloß, die dann in das Medezimmer führte. Es sei Medezimmer ist immer von einem Portier und einem Kriminalbeamten besetzt. Von hier aus führt weiter ein Gang, an dem sich hinter einer Vorhalle die Zimmer der Referenten anschließen. Erst dann kommt eine Doppeltür, die zum Zimmer des Reichspräsidenten führt. Durch diese Tür kann man nur gelangen, wenn man entweder von dem Portier oder den Kriminalbeamten hindurchgeführt wird.

## Großherzog von Oldenburg

Oldenburg, 25. Februar.

Der letzte regierende Großherzog von Oldenburg, Friedrich August, ist am Dienstagvormittag gestorben.

Der Großherzog war am 16. November 1852 als Sohn des Großherzogs Peter und seiner Gattin Elisabeth von Sachsen-Altenburg geboren. Nach militärischer Ausbildung in der preussischen Armee wandte er sein Interesse vor allem schiffbauindustriellen Fragen zu. Für die Konstitution einer neuartigen Schiffsfahrtslinie wurde er von den Schmittschen Hochschulen in Danzig und Hannover zum Dr.-Ing. e. b. promoviert. Seinem Vater folgte er bei dessen Tode im Juni 1900 in der Regierung des Großherzogtums Oldenburg nach. Auch als Regent betätigte er sein lebhaftes Interesse für die Entwicklung der deutschen Schiffahrt, so war er u. a. Vorsitzender des Deutschen Schiffahrtvereins. Anfolge der deutschen Revolution verließ er am 10. November 1918 auf den Thron. In erster Ehe war er mit der Prinzessin Elisabeth, einer Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, verheiratet. Die einzige Tochter dieser Ehe ist die ehemalige Prinzessin Elisabeth Friedrich von Preußen. Aus seiner zweiten Ehe mit der Herzogin Elisabeth von Mecklenburg-Schwerin entstammen zwei Töchter und ein Sohn.

## Admiral von Capelle

Der Nachfolger des Großadmirals im Reichsmarineamt.

Wiesbaden, 24. Februar.

Der frühere Staatssekretär im Reichsmarineamt Admiral Eduard von Capelle ist gestern im Alter von 75 Jahren infolge Herzschlags verstorben. Der Admiral lebte in den letzten Jahren aus Gesundheitsrücksichten hauptsächlich in Baden-Baden und zuletzt in Wiesbaden.

Eduard Capelle wurde am 10. 10. 1855 als Sohn eines Fabrikbesizers in Gelle (Hannover) geboren. Am April 1872 trat er in die Kaiserliche Marine ein. Nach verschiedenen Bordverwendungen kam er 1891 in das Reichsmarineamt, in dem er dann bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst geblieben ist. Im Juni 1914 wurde der Vizepräsident des Reichsmarineamts befördert und v. Capelle übertragen, der in die ganze Entwicklung der deutschen Marine fast ein Vierteljahrhundert hindurch als Reichsmarineamt mit erlebt und als Berater der Leitern des Amtes namentlich dem Großadmiral von Tirpitz, zur Seite gestanden hatte.

## Hilfe vor dem Reichsrat.

Um das räumliche Geltungsgebiet.

Die Reichsregierung hat das Offizielgesetz nunmehr dem Reichsrat zugeleitet. Die amtliche Bezeichnung ist „Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens“. Gleichzeitig sind dem Reichsrat das Gesetz über die Abwicklung der Aufbringungs- und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen (Aufbringungsabgabe) zugegangen.

Die Regierung hat beabsichtigt, die Einlassungssfrist auf höchstens eine Woche zu bemessen.

Angeht die Mitteilungen über eine Erweiterung des Offizielgesetzes für Ostlehen werden nachstehend die Bestimmungen über das räumliche Geltungsgebiet bekanntgegeben.

Am ersten Paragraphen des Offizielgesetzes heißt es: Zur Verringerung der Not, in welche die nachbezeichneten Gebiete des Ostens:

1. die Provinz Ostpreußen,
2. von der Provinz Pommern die Kreise Rauenburg, Stolp Land, Stolp Stadt, Bismarck, und Wollgarden,
3. die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen,
4. von der Provinz Brandenburg die Kreise Friedeberg N.-M. und Jülich-Bau-Schwiebus,
5. von der Provinz Niederhessen die Kreise Grünberg-Land, Grünberg-Stadt, Frenstadi, Glogau-Land, Glogau-Stadt, Gührau, Wittlich, Groß-Wartenberg, Ramsau, Hahlschwerdt, Glatz, Reuders, Woldenburg und Landesputz sowie die Stadt Breslau,
6. die Provinz Oberhessen durch die neue Grenzziehung geraten sind (Offizielgesetz), werden die besonderen Hilfsmaßnahmen beschleunigt durchgeführt.

Die Reichsregierung kann im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung bestimmen, daß einzelne der in diesem Gesetz vorgesehene Maßnahmen nur in einem Teil des Offizielgebiets oder in anderen östlichen Landeslehen durchgeführt werden.

## Aus dem Preussischen Landtag.

Erregte Gefährdungsbedenken.

Berlin, 24. Februar.

Der preussische Landtag trat wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident Bartels des Ablebens des Dritten Vizepräsidenten des Landtages, Dr. Wiemer (DVP), der im Alter von 63 Jahren einem Herzschlag erlegen ist. Der Präsident machte dann auf die neue Bergwerksstatistik bei Aachen aufmerksam und brachte die herliche Teilnahme des Landtages zum Ausdruck.

Handelsminister Dr. Schreiber

schloß sich namens der preussischen Staatsregierung der Annahme an und erklärte, daß die Staatsregierung alles tun werde, um den Verletzten und Hinterbliebenen zu helfen. Er wies darauf hin, daß durch die Explosion 32 Bergleute getötet und neun verletzt worden seien. Nach den bisherigen Feststellungen lie noch nicht gefärt, ob und in welchem Umfang Schlagweiser zur Entfaltung der Explosion beigetragen hätten. Es liebe aber sehr, daß Koblenfluß

an der Fortpflanzung mitgewirkt habe. Man vermute, daß die Explosion durch Sprengstoff verursacht worden sei.

Es kam dann zu einer teilweise sehr erregten Gefährdungsbedenkenausprache über die Bemessung der Redezeit zur zweiten Beratung des Berghaushalts.

Die Kommunisten verlangten unbeschränkte Redezeit, da die vom Reichsrat vorgelegene 1/2 Stunde für die Reaktion angeht der neuen Grubenkatastrophe nicht ausreichte. Die Deutschnationalen und das Zentrum wünschten Erhöhung der Redezeit auf 1 1/2 Stunden. Nachdem Präsident Bartels darauf hingewiesen hatte, daß der Landtag nach der Gefährdungsbedenken nicht imstande sei, die im Reichsrat beschlossene Redezeit abzuändern,

wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen, um dem Reichsrat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Bei Wiederöffnung der Sitzung teilte Präsident Bartels mit, daß der Reichsrat eine Redezeit von 1 1/2 Stunden beschließen habe, daß aber jedenfalls am Dienstag die Ausprache zur zweiten Beratung des Berghaushalts beendet werden soll.

## Der Berghaushalt im Landtag.

Berlin, 24. Februar.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich in seiner Dienstausführung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Berghaushalts. Die Ausprache brachte im allgemeinen nichts Besonderes. — In der Mittwochssitzung liehen auf der Tagesordnung die Wahl des dritten Vizepräsidenten, der Finanzausgleich zum Finanzhaushalt. Die gesamte Tagesarbeit soll nach Möglichkeit bis zum 27. März erledigt sein, da das Haus an diesem Tage in die Ferienferien geht. Zum dritten Vizepräsidenten ist Abg. von Eymert von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagen worden.

## Krawalle vom Sonntag.

Kommunistischer Überfall auf Nationalsozialisten.

Köln. Ein Trupp Nationalsozialisten von etwa 20 Mann, der sich an der Verhüllung eines Nationalsozialisten beteiligt hatte und sich in aufgeregter Ordnung auf dem Heimwege befand, wurde auf der Venloer Straße von einem Trupp Kommunisten in Eile von 35 Mann überfallen. Bei diesem Überfall wurde ein Nationalsozialist durch einen Messerstoß in den Rücken schwer verletzt; er mußte dem Krankenhaus in Ehrenfeld zugeführt werden. Vier weitere Nationalsozialisten erlitten leichtere Verletzungen. Ferner kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und der Polizei. In einem Falle wollte ein Nationalsozialist die Straßengänge, die von einer Zug Nationalsozialisten durchfahren wollte, am Weiterfahren hindern und schlug eine Scheibe des Vorderperons ein; er wurde festgenommen. Bei der Feststellung der Personaten von Nationalsozialisten, die verbotswidrige Ausrüstungsstücke der SA-Uniform trugen, mußte die Polizei vom Gummitrüffel Gebrauch machen.

## Artillerie befreit bedrängte Polizei.

Wolfsbühl. Trotz des Demonstrationsverbotes für das Bad Braunschweig hatten die Kommunisten eine Demonstration nach Wolfsbühl einberufen. Die Landjäger waren daher verfährt worden. Einem 1000 Kommunisten erschienen auf Lastautomobilen aus verschiedenen Orten der Provinz Hannover, wurden aber von der Polizei an der Stadtränge angehalten, wobei es zu ernstlichen Zusammenstößen kam.

Schließlich wurde Militär zu Hilfe gerufen, und es erfolgte eine Abteilung Artillerie, die die Polizisten befreite. Daraufhin unterließ die Kundgebung, und die Kommunisten zogen ab.

## Zusammenstöße beim Hitler-Tag.

Braunschweig. Anlässlich des Hitler-Tages kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen. Am Hagenmarkt wurden zwei Teilnehmer des Freischlages und zwei Unbeteiligte verletzt. Am Zehdenmarkt gab es einen Schwereverletzten und zwei leichter Verletzte, die dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Bei einer Schlägerei in der Münststraße wurden die Parteien nach Waffen durchsucht, und es soll bei einem Nationalsozialisten ein Faustschlüssel gefunden worden sein. Ein früherer Polizeihauptmannsdirektor erhielt einen Messerstoß. Der Täter stellte sich selbst. Auch bei dem nationalsozialistischen Versammlung ereigneten sich an verschiedenen Stellen Zusammenstöße. Dabei soll eine ganze Anzahl Personen verletzt worden sein.

## Reichsbanner und Nationalsozialisten.

Stuttgart. Zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten kam es in der Gegend der Hauptflüster Straße zu größeren tätlichen Auseinandersetzungen. Es gab auf beiden Seiten Verletzte durch Stöße, Hieb und Wurf. Am Tatort wurde nachher eine Pistole vorgefunden. Inselungen wurden neun Verletzte in das Kaiserinnen-Hospital eingeliefert.

# Deutscher Reichstag

## Schiele vertritt das Agrarprogramm

Berlin, 24. Februar.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die Einträge der nationalsozialistischen Abgeordneten Brücker, Heines, Köber-Dreppach und Beyer gegen ihre Ausweisung aus einer früheren Sitzung des Reichstags werden zurückgewiesen.

Abg. Althoff (Rechts) verlangt, mit der Tagesordnung einen Antrag seiner Fraktion zu verbinden, der Aufhebung des Demonstrationserlasses des Berliner Reichstags für die Reichsregierung fordert. Der Aufhebung des Antrags auf die Tagesordnung wird widersprochen.

Die Kommunisten beantragen u. a., die Rubrikgebühren für 23 233 Offiziere der alten Wehrmacht im Betrag von 112,65 Millionen Mark zu streichen, ferner die Grenzschutzpolizei um 500 000 Reichsmark zu streichen und die für Renten oder Art ausgelegten Beträge dementsprechend zu erhöhen.

Abg. Rothmann (Soz.) erklärt, daß es sich bei den Rubrikgebühren um Ansprüche handele, die auf gesetzlicher Grundlage beruhen. Der kommunistische Antrag sei deshalb praktisch nicht durchführbar. Die Sozialdemokraten würden ihn daher ablehnen.

Die kommunikativen Streidungsanträge werden darauf abgelehnt. Der Haushaltsplan wird angenommen.

Zur ersten Beratung der Tagesordnung wird der kommunikativen Antrag auf Sonderbesteuerung der Vermögen Einzelnen, Ausländerertrännter und Einkommen über 50 000 Reichsmark, der sogenanntem Millionäresteuer. Abg. Eiser (Ztr.) beantragt die Ueberweisung des Antrages an den Steuerausschuß. — Die Sozialdemokraten können diesen Vorschlag nicht unterstützen. Die Ausschussberatung wird unter großer Beir der Kommunisten beschlossen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums.

## Reichsernährungsminister Schiele

der lediglich das Wort erhält, wird von den Kommunisten mit förmlichen Zurufen: „Unterernährungsminister!“ empfangen. Die Agrarpolitik der Reichsregierung erfordere sich nicht in einzelnen Hilfsmaßnahmen für diesen oder jenen Zweig der Landwirtschaft, sie solle vielmehr ein System organischer miteinander verbundener Maßnahmen der gesamten Volkswirtschaft, einschließlich Finanz-, Sozial- und Außenpolitik alle Möglichkeiten zu erschließen und dauernd die Verbindung der Agrarrieke auszuwickeln bestrahle sei.

Die Hauptaufgabe in dem Ueberbau anderer Wirtschaftszweige läge bei allem kühnem Reiz vor dem Augenblick, der den Binnenmarkt geschloßen werden.

Je besser der Binnenmarkt gefestigt und ausgebaut ist, um so stärker würden wir im internationalen Wettbewerbskampf bestehen. Zu der binnenwirtschaftlichen und sozialpolitischen Modernisierung der Agrarpolitik können die landwirtschaftlichen Sorgen, die die Wirtschaftspolitik einer lebensfähigen Landwirtschaft ist über einen Jahrzehnt nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben werden. Nicht nur in der Finanz- und Sozialpolitik, sondern auch in der Agrarpolitik müsse mit den Fehlern der Vergangenheit aufgeräumt werden.

## Das neue Agrarprogramm

Der Minister geht dann auf das neue Agrar-Programm der Reichsregierung ein.

Er habe bereits im vorigen Jahre die Parole der Eingliederung des Agrarprogramms ausgesprochen. Das vorläufige Ergebnis sei erfreulich und berechtigt die Hoffnung zu wecken, daß die Freiheit und Gleichheit werden sollen für Weizen, Getreide, Hülsenfrüchte und Getreidewirtschaft verwandt werden. Dieses Ziel kann in erster Linie nur durch härteste Anspannung der Selbstlosigkeit erreicht werden.

Die Reichsregierung ist gewillt, besonders in der Uebergangszeit der Landwirtschaft den Weg zu fruchtbarer Selbsthilfe zu ermöglichen zu ebnen. Hierzu gehört in erster Linie die Durchführung des Standard-Getreides, der Zusammenfassung der Züchtervereine, die Durchführungsmaßnahmen zur Hilfestellung.

Das heute vorliegende Agrarprogramm behandelt die Frage der Beeinflussung des Verbrauchs. Vorübergehend wird in Notfällen nur gewissen Zwangsmaßnahmen nicht zurückgegriffen werden können. So sollen Verfahren für Getreide, Mais und Getreide-Erzeugnisse für den Absatz der Sonderproduktion geschaffen werden. Mit der Reichsregierung wird die Ausdehnung einiger Stoffabstufungen auf weitere Gebiete verhandelt.

Die Reichsregierung beabsichtigt, auch den Fragenkomplex des Drogeloses nochmals einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Das bisher für den Getreidebau gebrauchte Prinzip des Ermächtigungsgesetzes hat sich als veraltet erwiesen, so daß die Regierung seine Beibehaltung beschließen hat.

Die Reichsregierung hat beschloßen, vom Reichstag für das gesamte Folgejahr freie Hand zu eröffnen.

Eine solche generelle Ermächtigung wird dem Reichsministerium nicht vor allem aus der Möglichkeit geben, auf den Gebieten der bäuerlichen Betriebswirtschaft, des Baumwollens und des

der Fortwirtschaft einzugreifen, um Katastrophen abzumenden. Ferner hat die Regierung die Verlängerung der Ermächtigung für das Einfuhrverbot einmündig und Einbeziehung von Holz

gefordert. Im Hinblick auf frühere Verhandlungen und auf die eingehenden Verhandlungen in der Zeit unmittelbar nach der Verhandlungen mit weiteren Ländern folgen deren gegenüber wichtige landwirtschaftliche Ergebnisse gebunden sind. Das trifft auch zu für die notwendige Revision der

Abkommen über den kleinen Grenzverkehr.

Endlich befaßt sich das Agrarprogramm auch mit Maßnahmen zur Ueberwindung der saisonalen Gefahren, die sich aus dem Ueberbau der Landwirtschaft in der Zeit unmittelbar nach der Ernte ergeben. In der Frage der Zinslasten wird die Reichsregierung zusammen mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und mit einem zur Überprüfung der Zinslasten einseitigen Ausschuss für die erforderlichen Verhandlungen einleiten.

Agrarpolitik ist heute in erster Linie ein Gebot staatspolitischer Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft des Volkes. Deshalb werde die Reichsregierung auch unbefristet auf feststehenden Kontinuitätsgrundsätzen und parteipolitisch überprüften Agrarmaßnahmen einschließlich in sozialer Hinsicht basieren zu tun, was zum Ueberbau der deutschen Wirtschaft und Landwirtschaft notwendig ist. Der Minister betont, daß er auch die Befürchtungen gewisser Industriekreise über die Wirkung der Zollpolitik auf andere handelspolitischen Beziehungen nicht teilen könne. Die Landwirtschaft verleihe sich durch den Ueberbau der zentralen Wirtschaft und naturgegebenen Solidarität von Industrie und Landwirtschaft Rechnung werden, sie fordere Parität und wende sich gegen die einseitigen Opfer.

## Wohnung an die Landwirtschaft

Zum Schluß wendet sich der Minister an die Landwirtschaft selbst. Er weist darauf hin, daß auch dieses Gebiet selbstverständlich keine Sonderregeln in seinem Schoß beuge, daß es aber die entsprechenden Probleme an dem Bürgerpfeife und bis an die Grenze dessen geht, was juristisch gefordert ist, agrarpolitischen Gebiet überhaupt möglich ist. Im Einvernehmen mit der Grünen Front habe er sein Amt als Ernährungsminister übernommen, und in voller Einsicht seien die Grundlagen für das neue Agrarprogramm geschaffen worden. Der Minister führt dann mit erhobener Stimme fort: „Ich verleihe die schweren Aufgaben der Verweisung und Empörung als schwere Krankheits Symptome der um das Leben ringenden Landwirtschaft. Mögen meine Kreise dieses Bekenntnis und die Verantwortung der deutschen Volkswirtschaft der Regierung nicht mehr das nötige Verständnis auferlegen, ich halte trotzdem fest an meiner Aufgabe als verantwortungsbewußter Reichsminister für die deutsche Landwirtschaft.“

„Ich werde meinen Blick so lange heften, als ich der Ueberzeugung bin, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist und unsere Vaterlande zu dienen. Jegliche andererseits Motive der Zäufel und Parteilichkeit können und werden bei mir, der ich mich von allem Parteigewirr befreit habe, keine Geltung haben.“

## Die Aussprache

Abg. Tempel (Soz.) bezieht auf die freie Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Unterstützung der Agrarregierung. Wir können dem Minister aber, so betont er, nicht voll zustimmen in seiner Einschätzung der wirtschaftlichen Gesamtsituation. Dennoch wissen wir, daß die Landwirtschaft einer der wichtigsten Teile der Wirtschaft ist und daß sich jede Einschränkung auf diesem Gebiet verhängt und zerschlagen auf die Gesamtwirtschaft auswirken muß.

Deshalb sind wir auch im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse zur positiven Förderung der Agrarwirtschaft bereit.

Der deutsche Arbeiter sieht in deutschen Bauern seinen Bruder. Es ist mit Recht von verschiedenen Seiten auf die Gefahr hingewiesen worden, die die Arbeiterklasse für die Landwirtschaft wartet, aber doch etwas mehr Sachlichkeit und Gerechtigkeit. Die Landwirtschaft ist heute zu Gunsten der Landwirtschaft doppelt so hart mit dem Staat als dem Arbeiter. Die Landwirtschaft müssen mehr Erkenntnis für die Lasten auferbringen, daß seit hundert Jahren nicht so viel für sie getan worden ist wie jetzt von Minister Schiele und seinen Vorängern. Es ist ein inhumaner Vorschlag, daß die Sozialdemokraten die Landwirtschaft zu Grunde richten wollen, und infam ist es auch, wenn Herr von Holz-Demmin auf einer Tagung des Kommerziellen Landbundes der jetzigen Regierung vorwirft, daß sie bemüht die Rettungsaktion für die Landwirtschaft durchzuführen.

Abg. Blum-Kraef (Ztr.) bringt dem Minister Schiele das volle Vertrauen seiner Fraktion entgegen und würdigt die Energie und die zähe Energie, mit der der Minister das Stillstand durchführt. Der Redner fordert Bauernschaften zur geistigen Erweiterung des Bauernstandes, zur technischen Weiterbildung und Berufsvervollständigung. Man solle nicht fragen: Was bekommt der Bauer? sondern: Was ist der Bauer in deutschen Volksleben, was bedeutet er? Er sei der Regenerator des deutschen Volkes.

Inzwischen ist ein kommunikativer Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister Schiele eingegangen.

Abg. Dr. Schillert-Bauer (Bsp.) Die deutsche Volkswirtschaft muß die richtige Dynamik finden zwischen Industrie und Landwirtschaft. 80 bis 85 Prozent der deutschen Industrieerzeugnisse sind vor dem Krieg nicht im Export, sondern auf dem Binnenmarkt vertrieben worden. Der Hauptkonflikt war vor dem Krieg der deutsche Bauer. Heute hat die deutsche Industrie erit

recht ein Interesse daran wieder über einen künftigen Bauernstand als Abnehmer zu verfügen. Die Landwirtschaft muß heute für ihre Schulden um 30 Prozent höhere Zinsen gegenüber früher zahlen, und das von Banken, die nicht den Fortschrittswesen liegen.

Abg. Meyer-Hannover (Ztr.) stimmt allen Maßnahmen zur Rettung des deutschen Offens zu und fordert vor allem eine freie Siedlungspolitik. Ein Verwendungsplan für deutsches Holz ist berechtigt, schlechte kann doch selbst im Satz zuffische Hülsen für Holzschichten die Menge hinan.

Gegen 7 Uhr wird die Fortsetzung der Aussprache auf Mittwoch, 3 Uhr, vertagt.

Von den Kommunisten wird für Mittwoch die Beratung eines Antrages auf Aufhebung des § 218 des Strafgesetzbuches und sofortige Einziehung des Amtes und Disziers Friedrich Wolf verlangt. — Die Aufhebung auf die Tagesordnung wird abgelehnt.

Seine Vorlagen. — Ernährungsministerium.

Präsident Ebe eröffnet die Montagssitzung des Reichstags mit einer von den Abgeordneten (siehe oben) Anrede, in der er der Opfer der Grenzschutzpolizei auf der „Eichwälder Aue“ gedenkt und den Hinterbliebenen das Mitgefühl des Reichstags ausdrückt.

Die Kommunisten beantragen die sofortige Beratung eines Antrags, der die Vermittlung von drei Millionen für die Hinterbliebenen, eine freige Ueberprüfung der Listen und die sofortige Verhängung der verantwortlichen Betriebsleitung fordert.

Abg. Müller (Soz.) erklärt, nach der neuen Weltanschauung müsse dieser Antrag, weil er eine finanzielle Förderung enthält, zunächst im Haushaltsausschuß behandelt werden und durch eine entsprechende Erklärung erfolgen.

Abg. Eiser (Ztr.) erklärt sich damit einverstanden, daß der Antrag ohne Aussprache dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiehen wird.

Abg. Stöder (Komm.) erklärt, seine Freunde würden zur Deckung die verfallenen Vermögens Dividenden und Ausschüttungsansprüche beantragen, die freierzeit durch die Schuld der Nationalbank an abgelehnt wurde. Er verlangt die Annahme des Antrags ohne Aussprache. Dem wird widersprochen, so daß der Antrag nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden kann.

Ohne Aussprache wird eine Novelle zum Gesetz über die Erleichterung der Rentenbank-Kreditanstalt und ein Gesetz über den Ueberbau der landwirtschaftlichen Kreditanstalten und des Reichsanstalts auf das Reich in drei Lesungen angenommen.

Der deutsch-österreichische Vertrag über Sozialversicherung wird dem Auswärtigen Ausschuss und dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiehen. Es folgt die erste Beratung des Zulageabkommens zum deutsch-französischen Handelsabkommen.

Abg. Soerale (Komm.) führt aus, dieses Zulageabkommen (siehe u. a. in dem Zulageabkommen enthaltene Erleichterung für den deutschen Forstbau. Das Zulageabkommen wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiehen. Zur ersten Beratung kommt dann der Gesetzentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung, der u. a. die selbstverschuldeten Redakteure von der Berufungspflicht befreit. Eine wesentliche Aussprache geht die Vorlage an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums.

Abg. Schmidt-Römping (Soz.) erstattet den Bericht des Haushaltsausschusses. Der Ausschuss erachtet eine Entschleunigung der Regierung, bei der geplanten Zufertigungsentwertung die Generalverteilung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen vorzunehmen. Nach einer weiteren Entschleunigung soll der Gesamtplan für den Zinsverhältnisausschuß des Reiches auf zehn Jahre ausgebeugt werden unter entsprechender Veränderung des Gesamtbeitrages. Schließlich verlangt der Haushaltsausschuß in einer Entschleunigung die nachdrückliche Fortleitung der Stützungsarbeiten für Kartoffelbau.

Präsident Ebe empfiehlt im Einverständnis mit dem Ausschuss, die Sitzung abzubrechen, das das Kabinett jetzt noch über Agrarfragen berate, die mit dem morgigen Aussprache verbunden werden können. Das Haus ist damit einverstanden. Nächste Sitzung: Dienstag, 3 Uhr.

Mitteilerrat des Reichstags.

Der Ausschuss des Reichstags hat es abgelehnt, die nationalsozialistischen Mißtrauensanträge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen zu legen, weil ein solcher Antrag in der Wöhlung bisher nicht gestellt worden ist. Der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Oberdorfer, der der Sitzung des Mitteilerrats bewohnt, erklärte, daß er diese Wöhlung nicht teilen könne. Die Aussprache zum Haushalt des Ernährungsministeriums soll erst am Dienstag erfolgen.

Stellungnahme der Roten Reichshäufen.

— Offen, 25. Februar. Die Harpener Bergbau-AG. hat beim Stützungsminister für die Stützungen der Roten Reichshäufen zum 31. März angezeigt.

Zu der Stützungen kommen 74 Arbeiter und Angestellte. Als Grund wird Abgangmangel angegeben.

Johann von Treußnitz stand entblößten Hauptes wie eine Bildsäule. Dann trat er kurz entblößten auf Graf Hugo von Brendnitz zu.

„Um die Ihnen gewiß merkwürdig erscheinende Situation auf der Stelle zu klären,“ sagte er mit scharfer Stimme, „gestatte ich mir hiermit, Herr Graf, Sie gütlich um die Hand Ihrer Tochter zu bitten!“

„Brendnitz starrte seinen Chauffeur an. Dann hob er die nungierig zuckenden Droßelndausenferne erblinnd, abwehrend die Hand: „Für deren Unterredung ist die Straße kein passender Ort!“ Es klang kühl. Sehr kühl jagte. Er löste sich von Sufis Umarmung und rechnete seine Tage ab.“

„Seine Tüte föhlichst, Herr Graf,“ ließ Johann nicht locker. „Sie an einem Ort führen zu dürfen, der dieser Aussprache würdiger ist.“

„Und was ist das für ein Ort?“

„Meine — Wohnung. Keine drei Minuten von hier!“

„Brendnitz heftete den Blick starr auf den Sprecher. Aber er schwieg und nickte nur nach kurzem Befinnen. Wenige Augenblicke später fuhren sie in einer der Droschken davon, nachdem Johann dem Chauffeur eine Adresse zugetrieben hatte.“

Nach knapp drei Minuten hielt der Wagen vor einem vornehmen, in einer stillen Nebenstraße des Kurfürstendammes gelegenen Hause.

„Sie er wohnen Sie?“ fragte Graf Brendnitz mit zum-lammerngefinnen Augenlidern.

„Samohl.“

„Aber — das — das ist ja alles Unsinn!“ murmelte Suß. „Brendnitz bedeutete ihr zu schweigen. Angehenden hielt er den Zeitpunkt doch nicht gekommen, an dem sich das Sprechen lohnte.“

Stumm schritten sie die läuferbelagte Treppe zum ersten Stock empor. Auf Johanns heftiges Klingeln erschien nach wenigen Sekunden die Gestalt eines ruhiggelächelnden Dieners, der beim Anblick Johanns und seiner Begleiter Lichtstrahlen zur Seite trat.

(Fortsetzung folgt.)



## Die tolle Miss

Humoristische Roman von Bert Oehlmann, Landwirtsch. Anstalt Berlin-Charlottenburg.

41. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Amputiert legte sie die Hand auf seinen Arm. „So lassen Sie zu mir Vertrauen,“ sagte sie mit aufsteigendem, heißem Mitgefühl. „Ich meine es doch wirklich mit Ihnen. Und dann vergessen Sie nicht, auch ich hätte damals Vertrauen zu Ihnen. Das heißt, hielt sie plötzlich inne, „in Ihre inneren Geheimnisse einzudringen ist nicht meine Absicht.“

„Das weiß ich wohl, gnädigste Komtesse. Aber Sie haben sich — Vertrauen gegen Vertrauen! So hören Sie also: Ich — ich liebe! Liebe eine Frau, die unerreicherbar für mich ist — unerreicherbar teils durch ihre gesellschaftlich exponierte Stellung, teils durch ihren Reichtum.“

„Totenbliss lehnte sie sich zurück.“

„Es war, als greife eine kalte Hand nach ihrem Herzen. Sie hätte aufschließen mögen oder Schmerz. Er liebte — und sie, sie war so töricht gewesen, ihm ihre Zuneigung zu schenken — so töricht gewesen, anzunehmen, daß auch er sie liebte!“

„Wie Farbe wich aus ihren Wangen. Blau und frietend laute sie in der Wagenkammer.“

„Von alledem hätte er nichts zu bemerken. Ganz mit seinen Gedanken beschäftigt, fuhr er fort: „Nie könnte ich eine andere Frau als diese lieben. Mein Leben könnte ich täglich für sie hingeben. Und doch weiß ich, daß nie die Stunde kommen wird, in der ich ihre meine Liebe geteilt hätte.“

„Heiß brannnte das Weß in Sufis Brust, aber tapfer hielt sie die Tränen zurück.“

„Warum,“ flüsterte sie, „warum wird diese Stunde nie für Sie kommen?“

„Weil mit dieser Frau meiner Armut wegen verachtet und zurückgewiesen würde!“

„Sufi jubte empor.“

„Dann — dann ist diese Frau, die Sie zu lieben vorgeben, gar nicht einer derart starken Liebe wert!“ rief sie leidenschaftlich, um, übermannt von dem Augenblick, mit flammendem Blick hinzuzufügen: „Wenn ich liebe und wüßte, wieder geliebt zu werden, ich würde nicht nach Geld fragen, ich würde, wenn es sein müßte, alles im Stich lassen, wenn Sie in meine Armut nachgucken!“

„Das das würden Sie bestimmt tun?“

„Ja wohl!“

„Dann — dann — dann kann ich ja auch sagen, wenn in meine Liebe gilt!“ jagde er auf. „Sufi!“ Er schloß nach ihren zitternden Händen. „Sufi! Sie es möglich? Darf ich es wirklich ausprechen, daß ich Sie liebe? Doch seit langem mein einziger Gedanke bei Tag und bei Nacht nur Sie sind!“

„O, dann — O, dann —“

„Er bedeckte ihre Hand mit Küssen.“

„Herr von Treußnitz!“ stammelte sie.

„Sufi!“ flüsterte er bewegt. „Wißt du mir angehöret? Wißt du die Meine werden?“ Leidenschaftlich umfachte er sie: „Sufi, goldige, kleine Sufi — so sprach doch ein Wort!“

„Da lehnte sie sich schlafend an seine Schulter und barg ihr Köpchen an seiner Brust. — — —“

Knatternd freuste der Wagen die Umlandstraße.

Vor dem Hause, in dem sich die Pension befand, hielt bereits eine andere Kraftdroschke, deren Chauffeur abgetriebe war und sich ratlos, neben einem älteren Herrn lebend, umschaute. „Da kommt ein Kollege,“ meinte er, als er den Wagen herankommen sah. „Ich habe schon ja, vielleicht kann der den Hundert wechseln. Gehen Sie mit!“

„Dem eben angetommenen Gefährt entstieg eine Dame und ein Herr, bei deren Anblick der wartende ältere Herr ein sehr überraschtes „Donnermetz, fies mal an!“ hervorstieß.“

„Ja!“ schrie Suß verblüfft und lag auch schon an seinem Falle. „Ach, Pa, wie herrlich, daß du so schnell gekommen bist! Ich bin ja sooooo überglücklich!“



# Schützenhaus

## Lichtspiele

Die Archive sind geöffnet

Heute nach zwölfjähriger Beendigung des Weltkrieges ist es endlich möglich, der Öffentlichkeit authentische Filmaufnahmen von den wirklichen Vorgängen an der Somme zu zeigen. Die deutschen und englischen Archive sind geöffnet worden und nun entrollt sich das furchtbarste Drama der Weltgeschichte.

### Die Somme

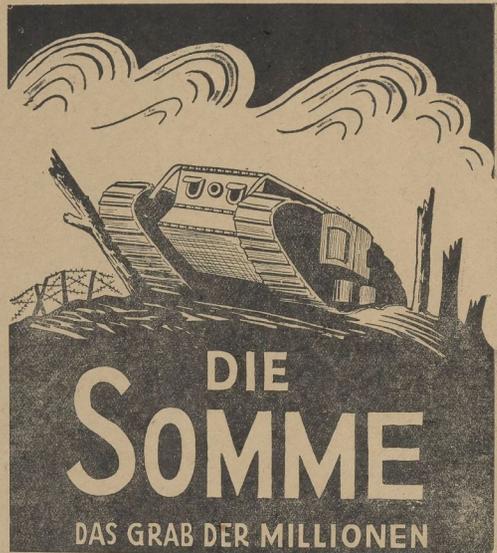
**Das Grab der Millionen — der gefürchtetste Kriegsschauplatz der Westfront. Der Stützpunkt der feindlichen Armeen. Der Film der Wahrheit. Der Film, den sich 100 Millionen ansehen werden. Ein solches Erlebnis kann nie wieder geboten werden**

### Kriegsteilnehmer!

Mögt Ihr an der Somme gekämpft, gelitten und erduldet haben oder nicht, diesen Film werdet und müßt Ihr sehen, denn er zeigt uns Eure Erlebnisse, Eure Heldentaten.

**Jeder muss den Film sehen!**

Der Film läuft **Freitag, den 27. Februar und abends 1/9 Uhr Sonntag, den 1. März**



Wenn Du gesunde Augen hast  
Dann **danke Gott** für seine Gnade,  
Doch wenn Du **Augenläsler** brauchst,  
Dann zieh nur **Augen-Freund** zu Rate.

**Augen-Freund** ist am Freitag, den 27. 2. von 10—6 Uhr bei Frau Schumann, Burgstr. 30 Lassen Sie sich nicht durch Zettelreklame täuschen, die von neidischen Konkurrenten verbreitet werden. Ich betone, daß ich mit solchen Leuten nichts gemein habe. Die Gehäßigkeit geht soweit, daß ich sogar schon auf offener Straße belästigt wurde, nachdem Anzeigen bei der Polizei erfolglos waren. Beweise liegen vor. Näheres in voriger Nummer. **Augen-Freund**

**Rathenower Brillen**

1906
1931

Anlässlich des 25 jährigen Bestehens meiner Firma gebe ich **trotz abermaliger Preissenkung** vom Donnerstag, den 26. Februar bis Mittwoch, den 4. März beim Einkauf von 1,50 Mk. an **1 Karton Pralinen gratis**

**Kurt Schmiedicke**  
Ueber 50 eigene Läden Kemberg, Leipziger Straße 37

Günstige Einkaufsgelegenheit!

**Fertige Konfirmations-Kleider**

aus schwarzem Poplin von Rmk. 6,— an  
aus schwarzem Samt von Rmk. 11,— an

**Wilhelm Weydanz**

**Reise-Koffer**  
in verschiedenen Grössen und Ausführungen  
**Richard Arnold, Leipziger Straße u. Markt**

**Hotel „Blauer Hecht“**

Am Sonntag abend punkt halb 9 Uhr

Erste filmische Darstellung aus den Originalakten der Kriminalpolizei in 7 Teilen von Dr. Palitzsch, Präsident des Landeskriminalamtes u. Kriminalrat Vogel, Dresden

**Im Kampf mit den Verbrechern**

Jedes Bild ist ein Drama für sich in der Psychose des Verbrechens und seiner Sühne. Hier der Dieb, dort der Betrüger, der Einbrecher, der zum Mörder wird, sie alle sind an Beispielen nach dem Leben geschildert. Erschütternd das Schicksal des Kindes, das in seinem naiven Glauben dem Verbrecher zum Opfer fällt. Der Polizeihund, seine Pflege, Schule, seine Leistungen, erprobt an zwei Mördern. Die berühmten Polizeihunde „Ero“ und „Wotan“ machen die Täter ausfindig.

Das gute Beiprogramm bringt:  
**Gummys freier Tag und Amarante ohne Unterleib**

**Futterrüben**  
verkauft  
**Ernst Lehmann, Leipziger Neumarkt 9**

**Einen Lehrling**  
sucht zu Oftern  
Richard Arnold, Buchdruckerei  
Suche zu Oftern  
**einen Lehrling**  
Vätermeister Bernbt, Kemberg.

**M. - T. - V.**  
Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr beim Turnbruder Carl (Bahnhofsmitglied)

**Bersammlung**  
Häutliches Erscheinen aller Turngeschwister erwünscht  
**Der Vorstand**

Freitag abend 1/9 Uhr in der Halle  
**Altersriege**  
Um rege Beteiligung bittet  
**Der Oberturnwart**

**Gaditz**  
Sonntag, den 1. März, von abends 7 Uhr an  
**Masken-Ball**

Die unterzeichneten Vereine begehnen den **Volkstrauertag** am Sonntag, den 1. März durch gemeinsamen Kirchgang. Anreten 9 Uhr vormittags in den Vereinslokalen. Kriegerverein im Ratsteller.

**Beteiligung ist Ehrenpflicht!**

**Krieger-Verein**      **Krieger- und Landwehrverein**  
**Verein ehemaliger Jäger und Schützen**      **Der Stahlhelm**

Heute früh 1/8 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden im Paul Gerhardt-Stift in Wittenberg unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Ww. Anna Grunewald**  
im Alter von 69 Jahren.

Dies zeigen tiefbetriibt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen**

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle in Kemberg aus statt.



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Aussichters Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,20 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M. in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsänderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisschablone oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 30 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— Mtl. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 25

Donnerstag, den 26. Februar 1931

33. Jahrg.

## Jagdverpachtung.

Die Jagdnutzung des Jagdbezirks 2 der Stadt Kemberg, umfassend die Wälder Buchhain und Wöpt, den Forstanger und die Dornaer Hüningsabfindung, 1462 Morgen groß, soll

**Dienstag, den 17. März, um 17 Uhr,**  
im Ratseckel auf 6 Jahre öffentlich verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen vom 26. Februar bis 14. März im Rathsausschuss zur Einsicht aus.  
Jeder Jagdgewinn kann gegen die Art der Verpachtung und die Verpachtungsbedingungen während der Ausleihungsfrist beim Kreisaußschiß in Wittenberg Einspruch erheben.  
Kemberg, den 24. Februar 1931.

## Der Jagdvorstand.

Diego, Bürgermeister.

## Deutsche Tageschau.

Beratungen im Reichskabinett.

Die Beratungen des Reichskabinetts beschäftigten sich ausschließlich mit der Frage der Butter- und Käsefälle und Verbrauchserlösen. Im Laufe des Vormittags war bereits ein Einverständnis über die künftige Regelung der Holzpreise erzielt worden, und zwar, wie verlautet, daß mit den Holz einführenden Ländern, also in erster Linie Desterreich und Schweden, mit möglicher Befristung Verhandlungen über eine Kontingentsregelung der Holzimporte eingeleitet werden sollen. Weiter den weiteren Inhalt der Agrarbeschlüsse des Reichskabinetts wird Minister Schiele in seiner Haushaltsrede am Dienstag vor dem Reichstagsplenium Mitteilung machen.

## Verfallungsverbot am 25. Februar für Groß-Berlin.

Auf Antrag der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), am 25. Februar das Kundgebungsverbot in Berlin aufzuheben, weil der Polizeipräsident in seinem Antwortschreiben darauf hin, daß die für diesen Tag geplanten Kundgebungen die öffentliche Sicherheit gefährden. Aus diesem Grunde verbot der Polizeipräsident gemäß Artikel 123 für den 25. Februar 1931 alle Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel.

## Irrsinniger im Vorzimmer Hindenburgs.

Zwischenfall im Palais des Reichspräsidenten.

Berlin, 25. Februar.

Ein Mann, der sich später als der aus Oberhiesien stammende 29jährige Alois Boll herausstellte, ist in das Palais des Reichspräsidenten eingedrungen. Er kam jedoch lediglich bis zu dem Zimmertürschwelle, wo sich der Portier aus dem Kriminalbeamten aufhielt. Auf die Frage des Kriminalbeamten nach seinem Wunsche hat er um eine Unterstützung. Der Kriminalbeamte erlaubte ihm hierauf, seinen Antrag schriftlich einzureichen.

Der Mann erklärte jedoch, er habe nur noch zwei Stunden zu leben. Bei dieser Ausrufung machte er eine verdächtige Bewegung in seine Tasche und zog im gleichen Augenblicke eine Parabellum-Pistole, die ihm jedoch von dem Kriminalbeamten entnommen wurde, noch bevor sie abgeschossen werden konnte. Der Mann erklärte, die Kugel sei für ihn bestimmt gewesen. Er wurde sofort dem Polizeipräsidenten zugewiesen.

Alois Boll am 23. Februar aus Kreuzburg in Obersachsen nach Berlin zugewandert. Bei der Pistole handelt es sich um ein Modell 08; sie war nur mit einer Patrone geladen. Boll macht einen sehr deprimierten Eindruck; die Polizei glaubt, daß er geistig nicht völlig normal ist. Angehörige der Landwehr, daß es innerhalb kurzer Zeit zweimal Fremden gelungen ist, ohne weiteres in das Palais des Reichspräsidenten ohne Erlaubnis einzudringen, ist die Deffenstichtel naturgemäß sehr beunruhigt.

Von zuständiger Stelle wird jedoch darauf hingewiesen, daß im vorliegenden Falle der Betreffende nicht durch das Hauptportal in das Gebäude gelangt sei, sondern durch den Ehrenhof. Er habe dann ein Tür aufgeschloßen, die dann in das Medezimmer führte. 2. es Medezimmer ist immer von einem Portier und einem Kriminalbeamten besetzt. Von hier aus führt weiter ein Gang, an dem sich hinter einer Vorhalle die Zimmer der Referenten anschließen. Erst dann kommt eine Doppeltür, die zum Zimmer des Reichspräsidenten führt. Durch diese Tür kann man nur gelangen, wenn man entweder vom Portier oder den Kriminalbeamten hindurchgeführt wird.

## Großherzog von Oldenburg T

Oldenburg, 25. Februar.

Der letzte regierende Großherzog von Oldenburg, Friedrich August, ist am Dienstagvormittag gestorben.

Der Großherzog war am 16. November 1852 als Sohn des Großherzogs Peter und seiner Gattin Elisabeth von Sachsen-Altenburg geboren. Nach militärischer Ausbildung in der preussischen Armee wandte er sein Interesse vor allem schiffsbautechnischen Fragen zu. Für die Konstruktion einer neuartigen Schiffschraube wurde er von den Technischen Hochschulen in Danzig und Hannover zum Dr.-Ing. e. h. promoviert. Seinem Vater folgte er bei dessen Tode im Juni 1900 in der Regierung des Großherzogtums Oldenburg nach. Auch als Regent betätigte er sein lebhaftes Interesse für die Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt, so war er u. a. Vorsitzender des Deutschen Schiffschiffahrtsvereins. Infolge der deutschen Revolution verließ er am 10. November 1918 auf den Thron. In erster Ehe war er mit der Prinzessin Elisabeth, einer Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, verheiratet. Die einzige Tochter dieser Ehe ist die ehemalige Prinzessin Gisele Friedrich von Preußen. Aus seiner zweiten Ehe mit der Herzogin Elisabeth von Mecklenburg-Schwerin entsprossen zwei Töchter und ein Sohn.

## Admiral von Capelle T.

Der Nachfolger des Großadmirals im Reichsmarineamt.

Wiesbaden, 24. Februar.

Der frühere Staatssekretär im Reichsmarineamt Admiral Eduard von Capelle ist gestern im Alter von 73 Jahren infolge Herzschlags verstorben. Der Admiral lebte in den letzten Jahren aus Gesundheitsrücksichten hauptsächlich in Baden-Baden und zuletzt in



4. von der Provinz Brandenburg die Kreise Friedeberg, R. M. und Müllsdorf-Schmiedeb.
  5. von der Provinz Niederhiesien die Kreise Grünberg-Land, Grimberg-Stadt, Frensdorf, Glogau-Land, Glogau-Stadt, Gubrau, Müllsdorf, Groß-Wartenberg, Ranslau, Habelsdorf, Glatz, Neudorf, Waidenburg und Landesgut sowie die Stadt Breslau.
  6. die Provinz Oberhiesien durch die neue Grenzziehung geraten sind (Osthiesengebiet), werden die besonderen Hilfsmaßnahmen beschleunigt durchgeführt.
- Die Reichsregierung kann im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung bestimmen, daß einzelne der in diesem Gesetz vorgesehene Maßnahmen nur in einem Teil des Osthiesengebietes oder in anderen östlichen Landesteilen durchgeführt werden.

## Aus dem Preussischen Landtag.

Erregte Geschäftsordnungsdebatten.

Berlin, 24. Februar.

Der preussische Landtag trat wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident Bartels des Ablebens des Dritten Vizepräsidenten des Landtages, Dr. Wiemer (DVP), der im Alter von 63 Jahren einem Herzschlag erlegen ist. Der Präsident machte dann auf die neue Bergwerksstatistik bei Aachen aufmerksam und brachte die herkömmliche Teilnahme des Landtages zum Ausdruck.

Handelsminister Dr. Schreiber

schloß sich namens der preussischen Staatsregierung der Annahme an und erklärte, daß die Staatsregierung alles tun werde, um den Verletzten und Hinterbliebenen zu helfen. Er wies darauf hin, daß durch die Explosion 32 Bergleute getötet und neun verletzt worden seien. Nach den bisherigen Feststellungen liege noch nicht gefärt, ob und in welchem Umfang Schlagwetter zur Entfaltung der Explosion beigetragen hätten. Es liege aber fest, daß Kohlenflaub

an der Fortpflanzung mitgewirkt habe. Man vermute, daß die Explosion durch Sprengstoff verursacht worden sei.

Es kam dann zu einer lebhafte sehr erregten Geschäftsordnungsdebatte über die Befreiung der Redezettel zur zweiten Beratung des Berghaushalts.

Die Kommunisten verlangten unbeschränkte Redezettel, da die vom Vizepräsidenten vorgelegene 14 Stunden für die Kräfte der Deputierten und des Zentrums wünschenswert. Erhöhung der Redezettel auf 14 Stunden. Nachdem Präsident Bartels darauf hingewiesen hatte, daß der Landtag nach der Geschäftsordnung nicht imstande sei, die im Vizepräsidenten beschlossene Redezettel abzuändern,

wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen, um dem Vizepräsidenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bei Wiedereröffnung der Sitzung teilte Präsident Bartels mit, daß der Vizepräsident eine Redezettel von 14 Stunden beschließen habe, daß aber ebenfalls am Dienstag die Ausschüsse zur zweiten Beratung des Berghaushalts beendet werden soll.

## Der Berghaushalt im Landtag.

Berlin, 24. Februar.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich in seiner Dienstagsitzung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Berghaushalts. Die Aussprache brachte im allgemeinen nichts Besonderes. — In der Mittwochsitzung stehen auf der Tagesordnung die Wahl des dritten Vizepräsidenten, der Finanzausgleich und der Berghaushalt. Die gesamte Tagesordnung soll nach Möglichkeit bis zum 27. März erledigt sein, da das Haus an diesem Tage in die Osterferien geht. Zum dritten Vizepräsidenten ist Abg. von Eynern von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagen worden.

## Krawalle vom Sonntag.

Kommunistischer Ueberfall auf Nationalsozialisten.

Köln. Ein Trupp Nationalsozialisten von etwa 20 Mann, der sich an der Verhüllung eines Nationalsozialisten beteiligt hatte und sich in aufgeregter Ordnung auf dem Heimwege befand, wurde auf der Venloer Straße von einem Trupp Kommunisten in Stärke von 35 Mann überfallen. Bei diesem Ueberfall wurde ein Nationalsozialist durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt; er mußte dem Krankenhaus in Ehrenfeld zugeführt werden. Vier weitere Nationalsozialisten erlitten leichtere Verletzungen. Ferner kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und der Polizei. In einem Falle wollte ein Nationalsozialist die Straßenbahn, die einen Zug Nationalsozialisten durchfahren wollte, am Weiterfahren hindern und schlug eine Scheibe des Vorderpergons ein; er wurde festgenommen. Bei der Feststellung der Personalkosten von Nationalsozialisten, die verbotswidrige Ausrichtungstunde der SA-Uniform trugen, mußte die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch machen.

## Artillerie befreit bedrängte Polizei.

Wolfsbühl. Trotz des Demonstrationsverbotes für das Land Braunschweig hatten die Kommunisten eine Demonstration nach Wolfsbühl einberufen. Die Landjäger waren daher verläßt worden. Etwa 1000 Kommunisten erschienen auf Lastkraftwagen aus verschiedenen Orten der Provinz Hannover, wurden aber von der Polizei an der Stadtgrenze angehalten, wobei es zu ernstlichen Zusammenstößen kam.

Schließlich wurde Militär zu Hilfe gerufen, und es erschien eine Abteilung Artillerie, die die Polizisten befreite. Daraufhin unterließ die Kundgebung, und die Kommunisten zogen ab.

## Zusammenstöße beim Hitler-Tag.

Braunschweig. Anlässlich des Hitler-Tages kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen. Am Morgenmarkt wurden zwei Teilnehmer des Faschistenges und zwei Unbeteiligte verletzt. Am Abendmarkt gab es einen Schmererischen und zwei leichter Verletzte, die dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Bei einer Schlägerei in der Mühlstraße wurden die Parteien nach Waffen durchsucht, und es soll bei einem Nationalsozialisten ein Dolch gefunden worden sein. Ein früherer Polizeihauptwachmeister erhielt einen Messerstich. Der Täter stellte sich selbst. Auch bei dem nationalsozialistischen Verbeugung ereigneten sich an verschiedenen Stellen Zusammenstöße. Dabei soll eine ganze Anzahl Personen verletzt worden sein.

## Reichsbanner und Nationalsozialisten.

Stuttgart. Zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten kam es in der Gegend der Hauptfächerstraße zu größeren tätlichen Auseinandersetzungen. Es gab auf beiden Seiten Verletzte durch Stöße, Hieb und Wurf. Am Tatort wurde nachher eine Pistole vorgefunden. Anselmann wurden neun Verletzte in das Katharinenhospital eingeliefert.